

## **-Es gilt das gesprochene Wort-**

### **Rede des Bürgermeisters Klaus Saemann zur Verabschiedung des Haushalts 2017 am 23. März 2017**

---

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,  
meine Damen und Herren,

die Kommunalwahl im letzten Jahr hat es notwendig werden lassen, den Beschluss über den Haushalt 2017 ins bereits laufende Haushaltsjahr zu verschieben und nicht wie gewohnt die Beschlussfassung in der Dezembersitzung herbeizuführen. Zunächst darf ich allen Ratskolleginnen und -kollegen – die Mitglieder der Ortsräte eingeschlossen – für die meist sehr konstruktive Beratung und die überaus maßvollen Vorschläge meinen Dank aussprechen. Gerade für die neuen Mitglieder in den Gremien war dieser doppische Haushalt „Neuland“.

Der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegende Haushaltsplan 2017 ist nicht nur mein Erster, für den ich als Bürgermeister Verantwortung trage, sondern aufgrund der Rahmenbedingungen, mit denen wir auf der kommunalen Ebene mehr denn je zu kämpfen haben, auch ein Haushalt mit sicherlich viel Brisanz. Die zu einzelnen Punkten sehr kontrovers geführten Diskussionen in den Gremien und die teilweise sehr emotionalen

Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger mir gegenüber, bestätigen dies.

Die Kämmerei hat den Haushalt in den Ausschusssitzungen detailliert vorgestellt. Dies ist meinerseits hier nicht zu wiederholen. Mein ausdrücklicher Dank gilt hier Herrn Axmann für die gewohnt gründliche und verständliche Präsentation!

Sollten in den nachfolgenden Beratungen zum Haushalt Detailfragen zu beantworten sein, wird zu diesen Punkten unser Kämmerer, Herr Seffer, Stellung nehmen und die gewünschten Auskünfte erteilen.

Bei meiner Vorstellung des Zahlenwerks gegenüber der Öffentlichkeit ist für jedermann deutlich geworden, dass wir seit 2011 stets einen nicht ausgeglichenen Haushalt vorlegen mussten und dass ich den Grund dafür im Wesentlichen in den unzureichenden Einnahmen sehe. Dazu jedoch später mehr.

Lassen Sie mich zu Beginn auf die Kritik der Opposition eingehen, die Verwaltung hätte aufgrund der flächendeckenden Vorschläge zu Abgabenerhöhungen im Vorfeld informieren müssen. Sie können versichert sein, dass sich die Verwaltung die im Dezember 2016 vorgelegten Vorschläge nicht leicht gemacht hat. Ein intensives Ringen im Dezernentenkreis um einen ausgewogenen Kompromiss und ein vielfältiges Abwägen des Für und Wider ist diesen Vorschlägen vorausgegangen.

Die Frage der Balance zwischen geeigneten Maßnahmen der zweifelsohne notwendigen Haushaltssicherung auf der einen Seite und den damit verbundenen Auswirkungen auf das Angebot eines attraktiven Mittelzentrums auf der anderen Seite, stand dabei im Mittelpunkt. Dass die Verwaltung mit einer Reihe dieser Vorschläge nicht unbedingt überall Beifall ernten würde, war uns bewusst.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals deutlich herausstellen, dass die Verwaltung dabei nicht nur den Weg der Einnahmeverbesserung gewählt hat, sondern auch Vorschläge zur Reduzierung der Ausgabeseite unterbreitet hat. Dass man die Vorschläge unterschiedlich bewerten kann, liegt in der Natur der Sache.

Dennoch: als Bürgermeister dieser Stadt trage ich auch die Verantwortung für die finanziellen Rahmenbedingungen. Ich erachte es daher nicht nur als notwendig, sondern sehe es auch als meine Pflicht an, Ihnen, dem Souverän unserer Stadt, Vorschläge zu unterbreiten. Dass die Vorschläge im Rahmen der politischen Diskussion gern auch kontrovers diskutiert werden können, versteht sich von selbst. Und dass es sich bei den Vorschlägen der Verwaltung „nur“ um Vorschläge handelt, die im Verlauf der Beratungen nach intensiver Abwägung auch verändert werden können, zeigt die Diskussion zur Erhöhung der Parkgebühren.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,  
jede der hier im Rat vertretenen Fraktionen und jeder Einzelkandidat setzen unterschiedliche politische Schwerpunkte – und das ist auch gut so. Diese Vielfalt und die kontroversen Diskussionen in wichtigen Angelegenheiten der Stadt, prägen das demokratische Gemeinwesen und bieten die Gewähr für eine stetige Fortentwicklung unserer Stadt. Man muss im Ergebnis auch nicht immer einer Meinung sein.

Dennoch: Entscheidungen bedürfen politischer Mehrheiten. Insofern wünsche ich mir für die Zukunft, eine anderslautende Meinung des politischen Gegners zwar weiterhin gern kritisch zu hinterfragen, aber auch mit dem gebotenen Respekt zu begegnen. Diesen Respekt habe ich in den ersten Monaten meiner Amtszeit in der politischen Auseinandersetzung teilweise vermisst. Und dies gilt insbesondere gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in unserer Verwaltung. Ein solches Verhalten ist völlig unangemessen, was ich hier ausdrücklich betonen möchte!

Mein Amtsvorgänger Michael Kessler hat in seiner letzten Haushaltsrede diesen gegenseitigen Respekt im Peiner Rat besonders hervorgehoben. Zum Wohle unserer Stadt sollten wir daran anknüpfen. Ich bin gerne bereit, an fraktionsübergreifenden Überlegungen auch mitzuwirken und den verwaltungsseitigen Sachverstand dort einzubringen.

Ob dabei dann allerdings ein sog. Masterplan herauskommt, vermag ich im Moment nicht zu beurteilen.

Zurück zum Haushalt:

Die Gründe für die finanzielle Schieflage sind vielschichtig. Dabei möchte ich an dieser Stelle primär nicht in die Diskussion eintreten, ob die Stadt ein Einnahme- oder Ausgabeproblem hat. Für mich stellt sich vielmehr die Frage, wie können wir diesen schwierigen Rahmenbedingungen – sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabeseite – nachhaltig begegnen.

1. Fakt ist – und das belegen auch die aktuellen Berechnungen des Landesamtes für Statistik – dass die Stadt Peine mit einer weit unterdurchschnittlichen Steuereinnahmekraft zu kämpfen hat. Die finanzwirtschaftlichen Zusammenhänge sind in der Haushaltsvorlage ausführlich beschrieben und können auch nicht wegdiskutiert werden.

In diesem Kontext sind die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Haushaltssicherung sicherlich nicht populär, im Hinblick auf eine nachhaltige finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt aber unumgänglich.

2. Bund und Land bürden den Kommunen immer mehr Aufgaben auf oder schaffen Rahmenbedingungen, für von uns wahrzunehmende Aufgaben, ohne dabei die Kommunen angemessen finanziell auszustatten. Das ist nicht weiter hinzunehmen.

Das Land hat die kommunalen Haushalte in den vergangenen Jahren nicht explizit entlastet, bspw. durch die Erhöhung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich oder etwa Änderungen am Quotalen System.

Die Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages hat daher folgerichtig vor 14 Tagen eine an Bund und Land gerichtete Resolution zur Verbesserung der Finanzausstattung der Kommunen verabschiedet.

Ein schnelles und nachhaltiges Handeln von Bund und Land sind zwingend erforderlich. Angesichts der erheblichen finanziellen Anforderungen durch Wanderungsbewegungen sowie der steigenden Aufgaben in Schule und Bildung, ist eine auskömmliche Finanzausstattung durch Bund und Land unumgänglich.

Ich wiederhole daher auch an dieser Stelle meine Forderung gegenüber dem Land anhand eines Beispiels:

die Absicht des Landes, auch das erste und zweite Kindergartenjahr beitragsfrei für die Eltern zu stellen, wird von mir grundsätzlich und ausdrücklich begrüßt!

Aus Sicht der Stadt ist es in diesem Kontext jedoch zwingend erforderlich, dass die Kommunen mit wesentlich höheren Pauschalen bedient werden, als bisher. Der Anspruch an eine qualitativ gute Betreuung muss auch unter finanzwirtschaftlichen Aspekten beleuchtet werden und gewährleistet sein.

Diese Diskussion auf dem Rücken der Kommunen auszutragen, muss mit allen Mitteln vermieden werden. Das bereits jetzt vorhandene Defizit im städtischen Haushalt für die frühkindliche Bildung – mehrere Millionen Euro – spricht eine deutliche Sprache. Die künftige finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt wird durch die Klärung dieser Frage und der zu schaffenden Rahmenbedingungen wesentlich beeinflusst werden.

3. Die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen bindet trotz deutlich geringer Flüchtlingszahlen weiterhin erhebliche Ressourcen.

Ich will es an dieser Stelle nochmals ganz deutlich sagen:

Neben den laufenden Aufwendungen für diese wichtige Aufgabe – diese sind übrigens nicht annähernd kostendeckend – hat die Stadt – und ich meine damit Rat und Verwaltung gemeinsam – in Kenntnis der Prognosen des Landes durch sehr vorausschauende und zielorientierte Entscheidungen für eine bestmögliche Unterbringung der Flüchtlinge gesorgt.

Dennoch: Die Kommunen mit den Lasten der Finanzierung der zum Teil und zumindest derzeit nicht benötigten Unterbringungsmöglichkeiten jetzt im Regen stehen zu lassen und lapidar auf das „Risikomanagement der Kommunen“ zu verweisen, ist nicht hinnehmbar. Die Stadt wird ihre Position nach Abschluss der Investitionsmaßnahmen gegenüber dem Land deutlich mit der Erwartungshaltung formulieren, vom Land zumindest einen Teil ihrer getätigten Aufwendungen zurückzuerhalten. Gegebenenfalls auch unter Mitwirkung des niedersächsischen Städtetages!

Das häufig landauf und landab angewandte Prinzip: „*den Letzten beißen die Hunde*“, kann und darf nicht länger Anwendung finden. Sprudelnde Steuerquellen und Überschüsse in öffentlichen Haushalten sind grundsätzlich sehr positiv, nützen aber den Kommunen nur dann etwas, wenn auf der untersten Ebene auch zählbares ankommt. Und das ist im Moment nur bedingt bis gar nicht der Fall.

Lassen Sie mich an dieser Stelle aber noch einmal deutlich hervorheben:

diese von uns hier in Peine zu stemmende Mammutaufgabe und Abwicklung des Tagesgeschäfts, konnte nur durch den hohen Einsatz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich von Herrn Seffer und der eigens dazu eingerichteten Stabsstelle Flüchtlinge bewerkstelligt werden. Das gebührt Anerkennung. Vielen Dank dafür!

4. Reizwort Kreisumlage: Bei der Analyse der finanziellen Rahmenbedingungen unserer Stadt fällt jedem interessierten Leser des Haushalts der enorme Anteil der Kreisumlage ins Auge. Bezogen auf die Gesamtaufwendungen im städtischen Haushalt beträgt diese rund ein Drittel!

Neben den Personalkosten ist die Kreisumlage mit über 30,6 Mio. € die zweitgrößte Aufwandsposition – Tendenz steigend.

Der gemeinsame Vorstoß mit meinen Bürgermeisterkollegen und der Kollegin Wegener aus Lengede im November gegenüber dem Landrat, dem Kreistag eine Senkung des Kreisumlagehebesatzes vorzuschlagen, wurde nach der politischen Diskussion leider nicht umgesetzt.

Aus Sicht aller Gemeinden und der Stadt ist diese Überlegung in den anstehenden Diskussionen mit dem Landkreis jedoch zwingend erneut wieder aufzugreifen. Die Beibehaltung des Hebesatzes in der bisherigen Höhe, stellt aus meiner Sicht die dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt in Frage.

Bei einer Kreisumlage in dieser Höhe wird der Stadt die letzte Luft zur Gestaltung ihres örtlichen Gemeinwesens genommen. Ich fordere daher alle Ratsmitglieder auf, dieses Thema – insbesondere im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt – mit den Kolleginnen und Kollegen im Kreistag zu diskutieren, um den Weg für einen politischen Kompromiss zu ebnen.

Bei allen ernsthaften und mahnenden Worten möchte ich jedoch, verehrte Ratskolleginnen und -kollegen, das Bild der Stadt nicht düsterer malen, als es tatsächlich ist.

Die Stadt hat insbesondere im vergangenen Jahr durch immense Anstrengungen zukunftsprägende Investitionen ein gutes Stück vorangebracht. Die wesentliche Fertigstellung der Flüchtlingsunterkünfte am Lehmkuhlenweg oder die millionenschweren Investitionen in die Grundschulen in Stederdorf und Vöhrum, sind nicht selbstverständlich. Ich freue mich daher, dass diese Investitionsentscheidungen im breiten

Konsens getroffen wurden und künftig ein wertvolles Fundament für die Bildung unserer Kinder und Kindeskinde sein werden.

Der Anspruch der Gesellschaft allgemein, aber auch der Anspruch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer künftiger Generationen steigt stetig; insofern ist es wichtig und auch richtig, dass in diesem Segment ein politischer Schwerpunkt städtischer Investitionspolitik gelegt wurde.

Unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck beschrieb den Wert und die Wichtigkeit anlässlich der Einweihung einer Mädchenschule in Burin sehr treffend:

„Bildung bedeutet, Talente zu entdecken und zu entwickeln.“

In diesem Zusammenhang: Die im Haushalt vorgesehenen Kreditermächtigungen klingen möglicherweise gewaltig für unsere Verhältnisse, sie sind aber notwendig, um die bereits erwähnten Investitionen in die kommunale Infrastruktur bewerkstelligen zu können. Dass dabei die Inanspruchnahme einer Ermächtigung wohlüberlegt und immer unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen erfolgt, ist für mich selbstverständlich.

Diese, für eine Stadt wie Peine nicht selbstverständliche Dichte an Investitionsprojekten, bedarf eines enormen Engagements,

aller an der Umsetzung beteiligten Personen, um die teilweise sehr engen Zeitfenster auch einhalten zu können.

Das hat bisher gut funktioniert. Herrn Tarrey möchte ich stellvertretend für seine gesamte Mannschaft dafür danken.

Meine Damen und Herren,

die Ausgangslage, in der wir uns derzeit befinden, ist zwar alles andere als einfach. Die Chancen, die wir in Peine vorfinden, eröffnen uns aber Möglichkeiten, unsere Stadt auch gegenüber den mächtigen Oberzentren als attraktives Mittelzentrum wirksam zu profilieren. Und diese Chance sollten wir gemeinsam nutzen. Und zwar jetzt!

Lassen Sie mich dies abschließend an zwei Beispielen verdeutlichen:

Die städtische Wirtschaftsförderung hat sich in den letzten Jahren weit über die Stadtgrenzen hinaus einen sehr guten Namen gemacht. Die Erweiterung von Meyer & Meyer und die Ansiedlung der Firma DSV im Industriegebiet Peine-Ost sprechen hier eine deutliche Sprache.

Insbesondere die Flexibilität und Kundenorientierung wurde wiederholt gelobt. Mit diesen Pfund gilt es nun weiter zu wuchern.

Peine als prosperierenden Wirtschaftsstandort mit unterschiedlichen Branchen weiter zu entwickeln, muss unser gemeinsames Ziel sein. Der städtische Haushaltsentwurf wird diesem Anspruch durch die Bereitstellung notwendiger Haushaltsmittel wiederum gerecht. Insofern meine Maxime: an dem Ast, auf dem man sitzt, sollte man nicht sägen.

Die Entwicklung von Quartieren, Branchen und Konzepten:

Dass sich in Peine trotz teilweise anderslautender Kommentare viel bewegt, wird auch an der Entwicklung von vielen Bereichen in unserer Stadt durch private Investoren deutlich.

Beispielhaft führe ich an: das ehemalige Elmeg-Gelände, die ehemaligen Mälzereien in der Südstadt, das alte Hallenbadgelände oder der Bereich gegenüber den Peiner Festsälen. Nicht zuletzt wird auch das Lindenquartier die Attraktivität der Stadt weiter voranbringen.

Ich bin optimistisch, dass die Verhandlungen bald abgeschlossen sind und dem Rat ein guter Vorschlag vorgelegt werden kann.

Dass sich die Bürgerinnen und Bürger für die Entwicklung ihres Lebensmittelpunktes interessieren und bereit sind, Zeit zu investieren, zeigt exemplarisch der Prozess des vor kurzem

verabschiedeten Dorfentwicklungsplans für die „Kanal-Fuhse-Region West“.

Ein gutes Beispiel für bürgerlich-ehrenamtliches Engagement. Die Verwaltung wird Ihnen in den nächsten Jahren Vorschläge unterbreiten, wie dieses Ergebnis mit Leben ausgefüllt werden kann.

Fazit: Die Verwaltung ist bestrebt, auch in finanziell schwierigen Zeiten die kommunale Infrastruktur an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner – auch unter Berücksichtigung demografischer Aspekte – zu orientieren und bedarfsgerecht auszubauen.

Die veranschlagten Investitionen in städtische Schulstandorte, der Erwerb von Flächen für die Arrondierung des Portfolios städtischer Gewerbeflächen, sowie die Erschließung zusätzlicher Flächen für die private Wohnbebauung in den verschiedenen Bereichen unserer Stadt, tragen diesem Gedanken in vorbildlicher Weise Rechnung.

Dieser Haushalt, meine Damen und Herren, ist den finanziellen Möglichkeiten angepasst und ein guter Kompromiss zwischen Wünschenswertem und Realisierbarem. Die Verwaltung empfiehlt ihnen daher Zustimmung.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!